

Beschlussvorlage

 zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
Betreff
Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender
Beschlussorgan
 Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig	mehr- heitlich gegen
Ausschuss Soziales und Senioren	26.11.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internat ionale	07.12.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Rat	17.12.2009	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Rat nimmt den in Anlage 1 näher beschriebenen Organisationsvorschlag der Verwaltung zur Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Ressourcen für die Einrichtung des Referates für Lesben, Schwule und Transgender im beschriebenen Umfang im Rahmen des Haushalts- und Stellenplans 2010 haushaltsneutral vorzusehen.

Die Besetzung der vorgesehenen Stellen StOAR, BGr. A 13 g.D. (Referatsleitung) und StAR, BGr. A 12 BBO soll zum 01.01.2010 erfolgen. Die frühzeitige Besetzung der Stellen ist notwendig, um die Steuerung und Koordination der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender in Köln auf der Basis eines Konzeptes und in Abstimmung mit den freien Trägern, insbesondere mit den stimmberechtigten Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender, zu gewährleisten. Die Stellen werden daher bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern zu Verrechnung bereit gestellt.

Alternative 1:

Der Rat beschließt, den Ratsbeschluss vom 30.06.2009 aufzuheben und auf die Einrichtung des Referates zu verzichten.

Haushaltmäßige Auswirkungen

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme _____ €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ €	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten b) Sachkosten _____ € _____ €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro) _____		Einsparungen (Euro) _____		

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Der Rat der Stadt Köln hat am 30.06.2009 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, ein Referat für Lesben, Schwule und Transgender einzurichten. Das Referat soll Ansprechpartner zu allen Fragen von Lesben, Schwulen und Transgendern sein. Darunter zählen:

- Konzeption und Koordinierung der städtischen Aktivitäten
- Mitarbeit bei der Erstellung und Umsetzung des Diversity-Konzepts
- Ansprechpartner für und Zusammenarbeit mit Organisationen
- Ombuds- und Beratungsfunktion
- Antidiskriminierungsarbeit
- Interessenvertretung in städtischen Gremien
- Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender
- Überregionale Zusammenarbeit

Die Verwaltung wird beauftragt, die für das Referat notwendigen Personal- und Sachressourcen darzustellen, die sich an den bereits in der Verwaltung vorhandenen Referaten für Diversity-Aufgaben (z.B. Interkulturelles Referat, Büro der Behindertenbeauftragten) orientieren, sowie dem Rat einen Organisationsvorschlag zu unterbreiten. Die notwendigen Personal- und Sachaufwendungen sind im Rahmen des bestehenden Haushaltsplans bereitzustellen und fortzuschreiben, d.h. Neueinstellungen oder Budgetausweitungen sind nicht beabsichtigt.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender soll bei der Auswahl geeigneter Bewerberinnen und Bewerber für die Referatsleitung ein Mitwirkungsrecht erhalten.“

Vor dem Hintergrund der städtischen Finanzsituation wird dem Rat die Einrichtung einer Stabsstelle „V/5 – Referat für Lesben, Schwule und Transgender“ mit 2 Stellen vorgeschlagen (zzgl. bereits 0,5 vorhandene Stelle Geschäftsführung LST).

Die Aufgabenstellung und Kompetenzen des Referates werden in der Anlage näher skizziert.

Bei der Personalausstattung des Referats ist zu berücksichtigen, dass Lesben und Schwule häufig verschiedene Lebensentwürfe und unterschiedliche Probleme mit Diskriminierung haben.

Lesben sind als erprobte Grenzüberschreiterinnen in der Lage, über Konventionelles hin-

wegzudenken und neue Wege zu beschreiten. Gerade diese Eigenschaft macht sie für innovative Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als Mitarbeiterinnen interessant. Besonders in Bereichen wie Öffentlichkeitsarbeit, Internationalisierung und Kommunikation haben Frauen überdurchschnittlich hohe Potentiale, die für die Entwicklung der Gesellschaft und für Unternehmen immer wichtiger werden. Trotz für Arbeitgeber nützlicher Eigenschaften wie Durchsetzungsstärke, Teamgeist und Tiefgründigkeit verdienen sie oft weniger Geld als ihre männlichen Kollegen, da Sie als Frauen einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind. Auch heute noch besteht eine strukturelle Diskriminierung in den Bereichen, Aufstiegschancen, Art der Arbeit, Lohnniveau und kultureller Anerkennung. Dabei besteht die Gefahr, dass die Erfahrungen lesbischer Frauen zwischen den Interessen von Schwulen und den Interessen der Frauenbewegung zerrieben werden.

Mit schwulen Männern werden häufig Eigenschaften wie Kreativität und Ästhetik verbunden. Da es für schwule Männer nicht möglich ist, auf legalem Weg Kinder zu bekommen, sind sie als doppelverdienendes Paar eine kaufkräftige Zielgruppe, die von der Werbung und vom Tourismus umworben wird. Leider ist es auch heute noch so, dass Männer, die als Schwule zu erkennen sind, Opfer körperlicher Gewalt werden können. Auch die Gefahren von HIV-Infektionen sind in der schwulen Community wesentlich präsenter als in der lesbischen.

Vor dem Hintergrund der vorstehend geschilderten Unterschiede sind die Stellen mit Beschäftigten zu besetzen, die sowohl in der lesbischen, als auch in der schwulen Community hohe Akzeptanz finden und die gruppenspezifischen Besonderheiten möglichst aus eigener Erfahrung kennen. Für beide Stellen sollten die Bewerberinnen und Bewerber daher über die nötige Fach- und Feldkompetenz im Arbeitsfeld gleichgeschlechtlicher Lebensweisen verfügen und bereits Erfahrungen im Bereich Diversity gesammelt haben. Darüber hinaus sollen sie in der Lage sein, kreative Ideen und einfallsreiche Lösungen zu entwickeln sowie Konflikte zu lösen und zwischen unterschiedlichen Parteien zu vermitteln.

Dieser Ansatz bedingt eine entsprechende Aufteilung der Kompetenzen. Die Leitung des Referates wird daher zunächst in BGr. A13 g. D., die Mitarbeiterstelle in BGr. A 12 vorgesehen.

Die Finanzierung beider Stellen erfolgt haushaltsneutral durch entsprechende Umschichtung innerhalb des Dezernatsbudgets V, Soziales, Integration und Umwelt. Die haushaltsneutrale Finanzierung erfolgt in vollem Umfang durch Einsparung von Stellen bei 501/112. Hier können als Ergebnis einer Organisationsuntersuchung in der Unterhaltsheranziehung insgesamt 5,95 freie Stellen als Kompensationsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die im Ratsbeschluss vom 30.06.2009 geforderte Mitwirkung der Stadt-AG LST bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber sollte analog des erfolgreichen Stellenbesetzungsverfahrens bei der Behindertenbeauftragten beratend erfolgen. Übertragen auf das Referat bedeutet dies, dass die Personalauswahl grundsätzlich nach den üblichen Kriterien der Verwaltung der Stadt Köln erfolgt. Dabei lässt sich die Verwaltung von einer kleinen Gruppe von stimmberechtigten Mitgliedern der Stadt-AG LST hinsichtlich Ausschreibungstext und Anforderungsprofil beraten; außerdem stellt sie dieser Gruppe vorausgewählte Kandidaten/innen vor, um sich hinsichtlich deren Eignung beraten zu lassen. Die abschließende Entscheidung bleibt der Verwaltung vorbehalten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stadt Köln beabsichtigt, ab dem 01.01.2010 an dem EU-Projekt „EHEAD“ zusammen mit den Partnerstädten Barcelona und Turin teilzunehmen. Dieses Projekt soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der betroffenen Gruppen durchgeführt werden. Neben den genannten Partnerstädten werden auch die freie Universität Barcelona, die Universität Turin, das Institut

für Soziologie, HAS Budapest und das Center for Youth Work Studies der Brunel University, Großbritannien an dem Projekt teilnehmen. Die Zusammenarbeit mit der Forschungswelt bietet eine solide Grundlage, die Ergebnisse zu beobachten, zu reflektieren und zu bewerten. Langfristiges Ziel ist der Aufbau eines europäischen Städtenetzwerks gegen Homophobie.

Für die Teilnahme an dem Projekt ist die Einrichtung des Referats für Lesben, Schwule und Transgender erforderlich, da hier das fachlich-inhaltliche Projektmanagement und die Koordination mit den weiteren Beteiligten erfolgen soll.

Das Projekt beginnt bereits am 01.01.2010. Die Teilnahme an dem Projekt wird voraussichtlich in der Sitzung des Rates am 19.11.2009 beschlossen.

Eine frühere Vorlage war aufgrund der Abstimmung innerhalb der Verwaltung und mit den stimmberechtigten Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender nicht vorher möglich. Zur Vermeidung einer Dringlichkeitsentscheidung wird die Beschlussvorlage den zuständigen Ausschüssen und dem Rat daher kurzfristig vorgelegt.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.